

Der konziliare Prozeß als Paradigma evangelischer Publizistik: Zum politischen Mandat der Kirchengebietssprese

von Michael Strauß

1. Fehlende Theorie

Erst vor kurzem hat Udo Hahn erneut auf das Fehlen einer theologisch fundierten Theorie der (kirchlichen) Publizistik aufmerksam gemacht. Die wissenschaftlich-theologische Auseinandersetzung mit Fragen christlicher Publizistik, so Hahn, beschränke sich in den meisten Fällen auf historische Abhandlungen: „Eine systematisch-theologische Beschäftigung findet in der Regel nur in Aufsätzen statt.“¹

Kirchliche und kirchennahe Publizistik ist immer noch in erster Linie ein Bereich der Aktion und weniger der Reflexion, resultierend aus den alltäglichen Zwangsläufigkeiten des Journalismus und der Öffentlichkeitsarbeit/Public Relations. Schon 1978 hatte Eberhard Stammel festgestellt: „Publizistik ist eben primär eine Sache der Praktiker, deren Ambitionen sich auf die wirkungsvolle Aussage richten und deren Können sozusagen in den Fingerspitzen liegt. So haben sie ihre kirchliche Legitimation nicht durch theologische Gutachten erworben, sondern durch die Einsicht in die Unverzichtbarkeit ihres Wirkens.“²

Vor Stammel hatte bereits Ernst-Albert Ortmann diesen Mangel an theoretisch-systematischer Reflexion innerhalb der kirchlichen Publizistik nach 1945 ausgemacht. Während diese bis dahin klar definierbaren Zielen gefolgt sei – vor allem dem Kampf gegen „Ultramontanismus“ und Sozialismus –, präge die Nachkriegsphase die generelle Frage nach dem aktuellen kirchlichen Auftrag von Publizistik: „Wenn in der Vergangenheit kirchengeschichtliche Bewegungen nach publizistischem Ausdruck drängten, so kann nun überspitzt gesagt werden, daß die vorhandene kirchliche Publizistik nach ihrer inneren Bewegung fragt.“³

Wenn wir heute aufgrund von aktuellen Spannungen – ausgelöst etwa durch die Kommentierung des Golfkriegs in kirchlichen Medien – erneut nach dem politischen Mandat von Kirchengebietssprese fragen, dann werden wir uns eben dieser Geschichte des Mangels bewußt; des Mangels von theoretisch-systematischer theologischer Grundlegung von evangelischer Publizistik überhaupt.

2. Aus der Vergangenheit gelernt

Und doch ist diese Beobachtung nur zum Teil richtig, nämlich insoweit, als bislang nur ansatzweise die systematische Publizistikforschung als universi-

Michael Strauß M.A. ist Redakteur in der Stammtteilredaktion der Evangelischen Sonntagsblätter „Unsere Kirche“/„Der Weg“/„Sonntagsgruß“ in Bielefeld.

täre Disziplin „Evangelische Publizistik“ betrieben wurde. Einen Lehrstuhl für „Christliche Publizistik“ zum Beispiel gibt es erst seit kurzer Zeit an der Universität Nürnberg-Erlangen. Die evangelische Publizistik hat jedoch in der Vergangenheit sowohl von verschiedenen Grenzgängern zwischen Publizistik/Journalistik und Theologie als auch von Erkenntnissen in den jeweiligen Fachbereichen profitiert. Verschiedene Arbeiten wie etwa die anfangs zitierten weisen darauf hin.

Aufgrund der theologischen Erkenntnisse der Nachkriegszeit lässt sich die Frage nicht mehr sinnvoll stellen, ob es überhaupt ein politisches Mandat von evangelischer Publizistik und damit auch der Kirchengebetspresse gebe. Denn auch die Nachkriegstheologie hat aus den leidvollen Erfahrungen der Deutschen zwischen 1933 und 1945 gelernt. Gerhard Meier-Reutti brachte es auf die prägnante Formel: „Denn es gibt kein Nebeneinander von kirchlichem und politischem Bereich. Der christliche Glaube ist zugleich politisch und apolitisch. Daher muß zum Staatsleben die nötige Distanz und die nötige Nähe vorhanden sein. Distanz kann nicht politische Enthaltsamkeit bedeuten, denn auch diese ist ja eine eminent politische Stellungnahme, indem sie zur Politik schweigt und ihr damit indirekt zustimmt oder freien Lauf lässt.“⁴

Daß diese Vorstellung von einer „apolitischen“ Position in der Zeit des Nationalsozialismus zur weitgehenden Gleichschaltung der Kirche und ihrer Publizistik führte und damit einer Dispensierung von verantwortlichem kirchlichem Handeln, hat Gerhard E. Stoll nachgewiesen: „Die Mehrzahl der (...) Zeitschriften bejaht 1933 den Nationalsozialismus in weitgehender Verkennung der weltanschaulichen und politischen Absichten dieser Bewegung und ihrer ideo-logischen und politischen Machtansprüche. (...) Ehe die evangelische Zeitschriftenpresse die neue Situation richtig einzuschätzen und die ihr drohenden Gefahren zu erkennen vermag, ist sie als Informator und Kommentator des öffentlichen Geschehens reglementiert, in ihrer Soziusfunktion beschränkt und organisatorisch gleichgeschaltet.“⁵

Die „Politik der Unpolitischen“ (Meier-Reutti) ist also immer eine Stabilisierung des Status quo und damit ein Pakt mit den jeweils Mächtigen. Aus dieser Erkenntnis hatte die evangelische Publizistik der Nachkriegszeit ihre Konsequenzen zu ziehen. Auch die Kirchengebetspresse begann dem Rechnung zu tragen. So postulierte etwa die Gemeinsame publizistische Grundhaltung der evangelischen Sonntagsblätter „Unsere Kirche“ und „Der Weg“ vom 19. April 1972 das Ziel, „wahrheitsgemäß, verständlich und in zeitgerechter Form zu verkündigen und zu informieren, zu kommentieren, zu unterweisen, zu unterhalten und Lebenshilfe anzubieten.“⁶ Dies wird aber nicht nur als binnenkirchliche oder erweckliche Aufgabe verstanden, sondern gleichfalls als ein „Exodus in die Welt“.⁷ Den Sonntagsblättern wird attestiert: „Sie leisten damit auch einen besonderen Beitrag zum sozialen, kulturellen und politischen Leben.“⁸

Die Frage lautet sinnvollerweise also nicht: „Gibt es überhaupt ein politisches Mandat der evangelischen Publizistik?“, sondern: „In welcher Weise ist das zwangsläufige politische Mandat der evangelischen Publizistik zu verstehen?“

3. Kirchliche Publizistik in einer säkularen, pluralen und demokratischen Gesellschaft

Mit ihrer publizistischen Grundhaltung nahmen die Sonntagsblätter „Unsere Kirche“/„Der Weg“ die theologischen Ansätze zum Selbstverständnis evangelischer Publizistik der Nachkriegszeit auf. Diese waren und sind geprägt von den gewandelten gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, denen sich die Kirche generell ausgesetzt sah und weiterhin sieht. Sie lassen sich meines Erachtens mit drei Schlüsselwörtern umschreiben: säkular, plural, demokratisch.

Diese säkulare, plural und demokratisch verfaßte Gesellschaft wiederum vermittelt sich zunehmend als von Medien gesteuerte Kommunikationsgesellschaft. Die Medien sind es, die zur notwendigen Austragung von Konflikten Öffentlichkeit herstellen: „Da unsere Gesellschaft viel zu großräumig geworden ist, kommen wir mit dem direkten Gespräch, der unmittelbaren Kommunikation, nicht mehr aus. Wir als einzelne und die vielfältigen Gruppen, die in dieser Gesellschaft bestehen, sind darauf angewiesen, miteinander ins Gespräch gebracht zu werden – dafür sollen die Massenmedien sorgen.“¹⁰

Wenn kirchliche Stimmen in dieser medial geprägten Kommunikationsgesellschaft Gehör finden wollen, müssen sie dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit Rechnung tragen und sich als Teil der Öffentlichkeit verstehen, nicht als eine ihr vorauslaufende Autorität. Kirche muß sich partnerschaftlich einbringen in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs, so wie es die EKD 1979 in ihrem Publizistischen Gesamtplan gefordert hat: „Wenn die Kirche wirksam zur gesellschaftlichen Öffentlichkeit beitragen will, muß sie sich am öffentlichen Gespräch beteiligen. Sie braucht dazu auch eine eigene Publizistik. Diese stellt innerkirchliche Öffentlichkeit her, ist aber niemals nur Selbstzweck, sondern möchte über die Kirche hinaus zum Gelingen des allgemeinen, öffentlichen Gesprächs beitragen.“¹⁰

Publizistisches Handeln der Kirche wird hier also nicht nur im Sinne von Medium als Kanzel, als Fortsetzung der Verkündigung mit anderen Mitteln verstanden, sondern vor allem auch als politisch-diakonisches Handeln an und in der menschlichen Gemeinschaft. Das Telos der aktiven sozialen Teilnahme erscheint als konstitutiver Topos evangelischer Publizistik. Das aber, so haben die Autoren des Publizistischen Gesamtplanes erkannt, erfordert eine Beteiligung an den Vermittlungsmöglichkeiten der allgemeinen Publizistik und damit eine Verwendung der allgemein akzeptierten Formen: „Der 'unteilbare Empfänger' erfordert eine Publizistik, die in Konkurrenz zu anderen Veranstaltern in einer Hinsicht vergleichbar bleibt: in ihrer Professionalität.“¹¹

4. Politische Diakonie und Journalismus

Mit diesem Votum setzt die EKD sowohl inhaltlich wie formal zwei Eckwerte, die in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen sind: Inhaltlich sanktioniert sie eine politisch-diakonische Funktion evangelischer Publizistik; formal äußert sie sich affirmativ zu den Formen des säkularen Journalismus. Damit schafft sie die grundsätzlichen Voraussetzungen für einen zutiefst weltimmanenten, „kon-

textuellen“ Ansatz evangelischer Publizistik. Um beide Stränge sachgerecht einordnen zu können, ist jeweils ein kurzer Exkurs notwendig.

4.1 Journalismus als Dienst an der Gemeinschaft

Der evangelische Journalist, auch die Redakteurin oder der Redakteur eines Kirchengebietsblattes, ist wahrhaft Journalist. Hinter dieser banalen Aussage steckt die brisante Erkenntnis, daß er/sie nicht notwendigerweise und vielleicht besser in gar keinem Fall kirchenamtlicher PR-Agent ist. Auch der Journalist, der hauptberuflich innerhalb der Kirche arbeitet, darf sich eine „eigene Meinung“ leisten. Für ihn muß evangelische Publizistik Dienst an der Kirche im Sinne der Gemeinschaft der Glaubenden sein, nicht im Sinne ihrer amtskirchlichen Verfaßtheit. Ja, vielmehr sogar: Dienst an der Menschheit überhaupt. Genauso wenig wie der politische Journalist eines säkularen Mediums Komplize der politischen und wirtschaftlichen Eliten sein sollte, darf der „Kirchen“-Journalist zum Komplizen kirchlicher Eliten werden. Sein Platz ist sowohl hier wie dort an der Stelle, die ihm die Verfassung eines demokratischen Rechtsstaates sowie die reformatorische Erkenntnis vom Priestertum aller Glaubenden zuweisen: an der Basis.

Dieser Erkenntnis trägt erneut die Gemeinsame publizistische Grundhaltung der evangelischen Sonntagsblätter „Unsere Kirche“ und „Der Weg“ Rechnung, wenn darauf hingewiesen wird, daß Herausgeber und Redaktion die öffentliche Aufgabe der Presse berücksichtigen, „wie sie im Landespressgesetz für Nordrhein-Westfalen vom 24. Mai 1966 beschrieben ist.“¹² Der entsprechende Passus im nordrhein-westfälischen Landespressgesetz lautet: „Die Presse erfüllt eine öffentliche Aufgabe insbesondere dadurch, daß sie Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder auf andere Weise an der Meinungsbildung teilnimmt.“¹³

Analysiert man die hier gegebenen Funktionen der Presse, so lassen sich drei Schwerpunkte erkennen: 1. Information, 2. Mitwirkung an der Meinungsbildung, 3. Kontrolle und Kritik. Ohne auf diese Punkte hier näher eingehen zu wollen, läßt sich jedoch festhalten: Wenn es ein eigenständiges journalistisches Mandat evangelischer Publizistik gibt, dann hat dies notwendigerweise eine Mitgestaltung von gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Kontexten zur Folge.

4.2 Kirchliche Publizistik und kirchennahe Publizistik

Darüber hinaus kann es bei einem derartigen Verständnis keine „kirchliche“ Publizistik mehr geben, sondern lediglich eine „kirchennahe“.¹⁴ „Kirchliche“ Publizistik ist gleichzusetzen mit zielgerichteter, instrumenteller Publizistik, also kirchenamtlicher Public Relations; „kirchennahe“ Publizistik ist demgegenüber journalistisch betriebene Mitwirkung am Meinungsbildungsprozeß der Gemeinschaft (aller Glaubenden). Letztere konstituiert sich als Teil- und Schnittmenge eines demokratisch legitimierten Journalismus. Erstere steht in der Gefahr, zurecht dem Verdikt Karl Barths zu unterliegen, das dieser über die

öffentliche Selbstrepräsentation der Kirche und einen etwaigen gesellschaftlichen Machtgewinn durch Publizistik fällt: „Ein tüchtiger Reklame-Chef eines beinahe und doch nicht ganz fallit gegangenen alten Hauses mag und darf vielleicht so reden. Er würde es wahrscheinlich mit mehr Geist und Geschmack tun. Aber nicht wie, sondern daß die Kirche hier mittut, ist empörend. Wenn sie das tut, wenn sie dazu übergeht und dabei bleibt als eine Marktbude neben anderen (...) sich selbst anzupreisen und auszuposaunen, dann hat sie einfach und glatt aufgehört, Kirche zu sein.“¹⁵

5. Journalismus, Kerygma und Kontext

Evangelische Publizistik im Sinne eines kirchennahen Journalismus darf nun allerdings nicht in der säkularen Publizistik aufgehen. Gerade weil es ihm nicht um kirchliche Selbstrepräsentation geht, kann er kerygmatische Essenz aktualisieren. Hier ist Hans Norbert Janowski zuzustimmen, wenn er sagt: „Für Christen besteht das Ziel der Kommunikation darin, Menschen dabei zu helfen, ihre Existenz im Lichte dessen zu interpretieren, was Gott durch Jesus Christus für sie getan hat.“¹⁶

Gleichzeitig aber nimmt kirchennaher Journalismus die säkulare, plural und demokratisch verfaßte Gesellschaft ernst, indem er sich an ihrem spezifischen Kontext orientiert. Trutz Rendtorff meint dazu: „Der christlichen Publizistik muß es (...) darum gehen, die Gegenwart und die gegenwärtige Bedeutung von Christentum, christlicher Wahrheit und Einsicht in derjenigen kulturellen Pluralität aufzusuchen, namhaft, hörbar, sichtbar zu machen, in der das Christentum uns tatsächlich gegeben ist.“¹⁷

Rendtorff rekurriert mit dieser Auffassung auf die Arbeit eines der herausragenden Theologen des 20. Jahrhunderts, dessen Bedeutung für die evangelische Publizistik meines Erachtens bisher noch nicht genügend beachtet worden ist: Paul Tillich. An dieser Stelle mag es genügen darauf hinzuweisen, daß Tillich davon überzeugt war, „that the relation between religion and culture, no matter how varied the cultural forms, is one of essential union rather than opposition; and that the persistent failure to perceive this truth has led not only to the fatal division between the sacred and secular dimensions of life but also to an almost schizophrenic split in man's understanding of himself and his world.“¹⁸ Kirchennaher Journalismus praktiziert aufgrund seines Selbstverständnisses gerade dies: Als Korrektiv zu jedweder autonomen oder heteronomen kulturellen Form läßt er an derselben ihr theonomes Potential aufleuchten. Er nimmt den Menschen in seinem konkreten Umfeld ernst und versucht gleichzeitig, über dasselbe hinauszuweisen auf seine tieferen Sinnzusammenhänge. Auch deshalb kann kirchennaher Journalismus nur kritischer Journalismus sein. Er verfügt über eine – im positiven Sinne des Wortes – utopische Perspektive.

6. Journalismus als Stellvertretung

Dieser kritische Ansatz findet sich ohne direkten Verweis auf Tillich bei vielen, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs über Fragen der evangelischen

Publizistik gearbeitet haben. Ihre Untersuchungen hier zu systematisieren, würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Als pars pro toto mag derjenige gelten, der nicht nur theoretisch, sondern vor allem auch praktisch die Entwicklung der evangelischen Publizistik im Nachkriegsdeutschland mit am stärksten geprägt hat: Robert Geisendorfer, ehemaliger Direktor des Evangelischen Presseverbandes für Bayern, Direktor des Evangelischen Presseverbandes für Deutschland und Direktor des Gemeinschaftswerkes der Evangelischen Publizistik. Für ihn war evangelische Publizistik essentiell eine Publizistik der Stellvertretung: „Weil die Kirche so frei ist, von der Freiheit der Kinder Gottes Gebrauch zu machen, hat sie die einzigartige Möglichkeit, für andere zu handeln: für Schwache, für Isolierte, für Ohnmächtige und für die geringsten Brüder. Sie kann dort etwas tun, und sie tut es seit Jahrhunderten immer wieder, wo anderen die Hände oder die Zungen gebunden sind. Die Kirche kann Barmherzigkeit üben, weil sie nicht auf eigene Rechnung setzt. Sie kann Fürsprache einlegen, offen und öffentlich – alles Elemente aus dem, was man die Lebenspraxis Jesu nennt. Evangelische Publizistik könnte eine Stätte sein für Informationen und Meinungen, in der sich einfindet, was anderswo keine Chance hat. Ich nenne dies praktizierte Stellvertretung.“¹⁹

Dieser Widerspruch im Namen Jesu ist zur „Magna Charta“ der evangelischen sowie der „linkskatholisch“-kritischen Nachkriegspublizistik geworden. So formulierte etwa Walter Dirks, daß Publizistik zwar nicht ausschließlich, aber auch und wesentlich eine „Gegen-Wirklichkeit“ sei, „die ihre Wurzeln in den Interessen ursprünglich Machtloser hat.“²⁰ Ausgehend von dieser These kritisiert er eine „Illusion der Ausgewogenheit“ bei vielen Medien: „Entschiedene Meinung, geschickt und taktvoll vertreten, auch Widerstand in extremen Fällen, mindestens Zivilcourage sind gefragt.“²¹

Vermittlung von biblischer Botschaft und politischer Diakonie, Vermittlung von biblischer Botschaft als politische Diakonie, gehört zum Selbstverständnis eines kirchennahen Journalismus. Es findet seine Ausweitung in einem ökumenischen Bewußtsein.

7. Journalismus in ökumenischer Perspektive

Darauf macht Hans Joachim Dörger gegen Ende seiner Untersuchung der verschiedenen Ansätze evangelischer Publizistik aufmerksam. Er filtert als zentrales Motiv des publizistischen Handelns der Kirche 1. Tim. 2,4 heraus, wo davon die Rede ist, daß allen Menschen geholfen werden solle und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen mögen. In diesem Bibelwort sieht er die beiden wichtigsten traditionsgeschichtlichen Impulse der evangelischen Publizistik aufgenommen: die Universalität des Heils und die Partizipation aller an den Reichtümern der Schöpfung: „In diesem Sinne erscheint die Formulierung des Ökumenischen Rates der Kirchen von der 'Einheit der Menschheit in Jesus Christus' als der universale Wahrnehmungshorizont des publizistischen Handelns der Kirche: es zielt auf Versöhnung von Entzweiungen im personalen wie im gesellschaftlichen Bereich in gleicher Weise wie auf die Überwindung nationaler Egoismen und verteilungsdiktatorischer Maßnahmen.“²²

8. Der konziliare Prozeß als Paradigma eines kirchennahen Journalismus

Beides ist in den letzten Jahren im konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung neu aktualisiert und deswegen zurecht von einem kirchennahen Journalismus aufgenommen worden. Es kann hier nicht darum gehen, Entwicklung und Substanz des konziliaren Prozesses im einzelnen zu untersuchen. Auch soll er nicht idealisiert werden. Man mag etwa Günter Brakelmann in seiner Kritik am konziliaren Prozeß zustimmen, der wie viele andere – vor allem mit Blick auf die Weltversammlung in Seoul (März 1990) – die Verwendung moralischer Allgemeinplätze und das Fehlen von konstruktiven Ansätzen moniert: „Gegen Zerstörung der Mitwelt die Harmonie mit der Schöpfung zu setzen, gegen Kriege ihre Abschaffung zu fordern, gegen Be- nachteiligung der Frauen die neue Gemeinschaft von Frauen und Männern einzusetzen, gegen eine ungerechte Wirtschaftsordnung eine neue gerechte zu proklamieren – diese und ähnliche einfache Schemata stärken vielleicht die moralische Motivation, die Welt zu verändern, aber treffen nicht die schwierigen politischen und praktischen Probleme der Transformation von dem einen in den anderen Zustand.“²³

Natürlich ist Brakelmann zuzustimmen in der Forderung nach einem realpolitischen Ansatz einer ökumenischen Sozialethik. Dabei sollte jedoch das positive Potential des konziliaren Prozesses nicht übersehen werden. Drei Einwände zur Brakelmannschen Kritik scheinen mir notwendig: Erstens liegt die bezeichnete Schwäche vor allem im Abschlußdokument der Weltversammlung in Seoul und weniger in denen auf europäischer Ebene (Basel, Stuttgart, Dresden). Zweitens ist nicht einzusehen, warum ein realpolitischer Ansatz gegen eine starke „moralische Motivation“ von Menschen, Welt zu verändern, ausgespielt werden müßte. Ist nicht das eine so notwendig wie das andere, die moralische Motivation nicht vielleicht sogar Voraussetzung für den Willen zu realpolitischer Veränderung? Und drittens bündelt der konziliare Prozeß – wie gesehen – die Entwicklungsstränge eines kirchennahen Journalismus: Er versucht eine Verknüpfung von persönlichem Glauben und christlich motivierter Weltverantwortung. Er verleiht den Schwachen, Isolierten und Ohnmächtigen eine Stimme im Gespräch der Mächtigen. Er nimmt den Kontext ernst, in dem sich Menschen bewähren müssen, und verweist gleichzeitig auf dessen tiefere Sinnzusammenhänge.

Dies drückt sich etwa in der knappen Formulierung des Schlußdokumentes der Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel (Mai 1989) aus: „Wir werden von dem gnädigen Gott in Jesus Christus gerechtfertigt und aufgerufen, für seine Gerechtigkeit zu wirken.“²⁴ Und die 7. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Canberra (Februar 1991) meinte mit Blick auf die Medien: „Christliche Kommunikation ist prophetisch; sie dient der Sache der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung.“²⁵ Das Vorbereitungsheft für die 7. Vollversammlung formuliert: „The churches' own programmes of communication, no matter how small, could become models for truth-telling, advocacy and people's participation.“²⁶

Zweifelsohne wohnt diesen Vorstellungen eine visionäre, ja eine utopische Qualität inne, die der ökumenischen Bewegung im allgemeinen und dem konziliaren Prozeß im besonderen immer wieder vorgeworfen wird. Ausgangspunkt dieser Vorwürfe ist vor allem der Verweis auf eine angeblich unzulässige Synthese von Politik und Glauben, Staat und Kirche, Welt und eschatologischer Verheißung. Als Garant dieses Vorwurfes wird Martin Luthers Lehre von den zwei Reichen ins Feld geführt. Stellt kirchennaher Journalismus, wenn er die globale Vision des konziliaren Prozesses vom „Shalom“ Gottes als Paradigma aufnimmt, eine Ablösung von Luthers Zwei-Reiche-Lehre dar?

8.1 Konziliarer Prozeß und Zwei-Reiche-Lehre

Zwar scheint es eine größere Affinität des konziliaren Prozesses zum reformierten Konzept der „Königsherrschaft Christi“ zu geben, eine Gegenposition zur lutherischen Zwei-Reiche-Lehre ist ihm jedoch nicht unbedingt inhärent. Allerdings wendet er sich sowohl gegen den Quietismus als auch den Positivismus einer neulutherischen Interpretation der Zwei-Reiche-Lehre. Wie Meier-Reutti darlegt, bereitete diese sich schon nach Luthers Tod in der lutherischen Orthodoxie vor: „Das Reich zur Linken und das Reich zur Rechten wurden zunehmend in einem Nebeneinander von zwei eigenverantwortlichen Räumen gesehen. Die Christen im Reich zur Rechten schuldeten dem Reich zur Linken unbedingten Gehorsam.“²⁷

Nach Meier-Reutti habe sich im konservativen Neuluthertum eine Tendenz zur Eigengesetzlichkeit entwickelt sowie die Bereitschaft, die politischen Verhältnisse in ihrer faktischen Gegebenheit als Gottes Schöpfung hinzunehmen. Dieses Mißverstehen Luthers habe sogar zur Anwendung der Zwei-Reiche-Lehre auf die Gewalttaten des Dritten Reiches geführt: „Die spätere Interpretation darf jedoch nicht mit der Zwei-Reiche-Lehre selbst gleichgestellt werden.“²⁸ Gegenüber dieser späteren Interpretation habe sich Luther generell das Recht genommen, zu allen öffentlichen Problemen aus seinem christlichen Auftrag heraus warnend und mahnend Stellung zu beziehen: „Das Reich zur Rechten steht zum Reich zur Linken in einem Gegensatz des Widersprechens, wenn dieses zum regnum diaboli denaturiert ist, bzw. in einem Verhältnis des Entsprechens, wo es seinen göttlichen Auftrag erfüllt. Doch darf auch die letztere Beziehung kein Zur-Ruhe-Kommen des grundsätzlichen Widerspruchs zwischen Reich Christi und Reich der Welt in einem konfliktlosen Nebeneinander zweier Räume bedeuten.“²⁹

Es ist also deutlich: Nicht nur das reformierte Konzept von der „Königsherrschaft Christi“ antizipiert biblische Botschaft als Korrektiv weltimmanenter Vorgänge, sondern auch das in seiner ursprünglichen Bedeutung verstandene lutherische System der Zwei-Reiche-Lehre. Die weltimmanente korrektive Qualität der biblischen Botschaft ist ein gemeinsames Erbe der Reformation; Kirchennaher Journalismus ist ihre (nach-)moderne Aktualisierung.

8.2 Konziliärer Prozeß und Utopie

Sie findet ihre Entsprechung in den utopischen Zielen des konziliären Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. In diesem Zusammenhang soll es noch darum gehen, den Begriff der Utopie von seinen negativen Konnotationen zu befreien und ihn als positiven Leitbegriff zu entfalten.

In seinem Aufsatz „Critique and Justification of Utopia“ weist Paul Tillich auf die dialektische Qualität des Begriffes Utopie hin und entwickelt drei gleichermaßen positive wie negative Kriterien der Utopie: *truth/untruth*, *fruitfulness/unfruitfulness*, *power/impotence*. Was meint er mit diesen Begriffspaaren?

Utopien vermitteln für ihn „*truth*“, insofern sie darauf verweisen, was der Mensch essentiell ist und welches Telos seine Existenz haben sollte: „*Every utopia is but one manifestation of what man has as inner aim and what he must have for fulfillment as a person.*“³⁰ Die „*untruth*“ dagegen liege darin, daß die Utopie weder die Endlichkeit noch die Entfremdung des Menschen berücksichtige. Deswegen sei essentielles Sein niemals vollkommen herstellbar: „*While utopia does presuppose man's essential being, it fails to understand that man has fallen from that essence.*“³¹

Das Kriterium „*fruitfulness*“ meint für Tillich die Antizipation menschlicher Erfüllung, das Aufzeigen von Möglichkeiten: „... cultures which have no utopia remain imprisoned in the present and quickly fall back into the past, for the present can be fully alive only in tension between past and future.“³² „*Unfruitfulness*“ dagegen meine, daß jede Utopie dazu neige, Unmöglichkeiten als Möglichkeiten zu beschreiben und so unter Umständen zu reinem Wunschdenken degeneriere, das an der Wirklichkeit vorbeigehe.

„*Power*“ hätten Utopien insofern, als sie (revolutionäre) Veränderungen des Status quo herbeiführen könnten. Denn: „*The root of its power is the essential – the ontological – discontent of man in every direction of his being.*“³³ „*Impotence*“ sei hingegen ebenfalls ein Kriterium, da „*untruth*“ und „*unfruitfulness*“ zur Desillusion führen. Daraus wiederum entstünden zwei destruktive, dämonischen Konsequenzen: Fanatismus und Terror.

Trotz seiner Kritik von Utopien bleibt Tillich aber bei einer grundsätzlich affirmativen Haltung, indem er ihre Transzendenz betont. Jedes Lebewesen weise über sich selbst hinaus. Wenn es dies nicht mehr tue, verliere es Leben. Nur wenn Leben sich selbst riskiere, sich verliere, indem es über sich selbst hinausgehe, könne es gewonnen werden: „*The fact that life transcends itself although at the same time it seeks to preserve itself is a universal description, a universal primal law or, as I call it, the ontological structure of being itself.*“³⁴

Utopien zu haben gehört nach Tillich notwendigerweise zum Leben. In dem sie die Humanisierung der bedingten Formen anstreben, erreichen sie nicht nur sozialen Fortschritt, sondern verweisen symbolhaft auf das Unbeding-

te, den Grund allen Seins. Christlich motivierte Utopien sind darüber hinaus gegen dämonische Destruktion insofern gefeit, als sie nicht im Horizontalen aufgehen, sondern immer in der Kritik des Vertikalen stehen: „Yet it is this fighting Kingdom of God in history that cannot disillusion because it does not confer utopian finality to any place or time in history; rather it always makes itself known again and again in ever new actualizations, so that the truth of utopia is always borne out.“³⁵

9. Kirchennaher Journalismus als Aktualisierung von theonomem Gehalt

Es ist genau dieser utopische Ansatz von Wahrnehmung, Veränderung, Transzendierung und erneut Kritik des konkreten Kontextes, der im konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zutage tritt. Er verweist den Menschen konsequent ins Diesseits, um darin gleichzeitig den Glanz des Jenseits aufzuscheinen zu lassen. Er sucht, um mit Tillich zu sprechen, in den autonomen und heteronomen Formen den theonomen Gehalt. Indem kirchennaher Journalismus diesen Ansatz aufnimmt, wird er sowohl seiner kerygmatischen Aufgabe als auch seiner Kontextgebundenheit in einer säkularen, plural und demokratisch verfaßten Gesellschaft gerecht.

Damit erhält der „Kirchen“-Journalist als Grenzgänger zwischen Welt und Offenbarung nicht nur presserechtlich, sondern auch theologisch gesehen eine selbständige, kirchenamtlich unabhängige Aufgabe, ein eigenes Amt, das des Vermittlers: „Der christliche Publizist ist ein Vermittlungstheologe, der die 'Sache' der Theologie nicht an der Stelle der Besonderheit kirchlicher Präsenz aufsucht, sondern am Ort der allgemeinen Vermitteltheit der christlichen Botschaft im Lebenszusammenhang von Gesellschaft, Kultur und Politik.“³⁶

Das bedeutet schließlich, daß kirchennaher Journalismus immer – im umfassenden Sinne – parteinehmender, mithin also politischer Journalismus ist. Er nimmt bewußt Teil an den Konflikten der allgemeinen Öffentlichkeit.

10. Conclusio

Spannungen in bezug auf das politische Mandat der evangelischen Kirchengebietssprese sind unter anderem auf einen weitgehenden Mangel von theologisch-systematischer Verortung evangelischer Publizistik zurückzuführen. Dennoch gibt es seit Ende des Zweiten Weltkrieges Ansätze sowohl aus den Disziplinen Theologie und Publizistik als auch aus der Praxis. Hier ist eine grundlegende Tendenz zugunsten eines politischen Mandats der evangelischen Publizistik zu erkennen. Vor allem auch aufgrund der Erfahrungen von Kirche und kirchlicher Publizistik im Dritten Reich setzt sich die Erkenntnis durch, daß jede Haltung zur jeweiligen gesellschaftlichen Wirklichkeit eminent politisch ist; eine apolitische Haltung ist Fiktion.

Es stellt sich die Frage, wie man dieser Erkenntnis gerecht wird in einer säkularen, plural und demokratisch verfaßten Gesellschaft. In ihrem Publizistischen Gesamtplan akzeptiert die EKD die Rolle der Kirchen in dieser so gearteten Gesellschaft als Teil einer allgemeinen Öffentlichkeit. Sie nimmt gleichzeitig eine affirmative Haltung ein zu einem politisch-diakonischen Auftrag evangelischer Publizistik sowie zu den Formen des allgemeinen Journalismus. Damit ist der Übergang von einer „kirchlichen“ Publizistik zu einer „kirchennahen“ Publizistik möglich. Auch der „Kirchen“-Journalist ist Journalist im weltimmanenten Sinne des Berufsstandes. Er ist nicht notwendigerweise PR-Agent einer kirchlichen Behörde.

Dennoch und gerade deswegen fällt ihm eine kerygmatische Aufgabe zu. Will er wahrhaft Journalist sein und bleiben, muß er diese jedoch im Kontext der jeweiligen kulturellen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erfüllen. Dazu gehört vor allem, seine Stimme für die Schwachen, Isolierten und Ohnmächtigen zu erheben. Sowohl die kerygmatische als auch die politisch-diakonische Funktion des kirchennahen Journalismus besitzt eine ökumenische Perspektive. Im konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verschmelzen sie in einem kontextuellen Ansatz zu einer Einheit. Trotz berechtigter Kritik am konziliaren Prozeß und durchaus in Kongruenz zur lutherischen Zwei-Reiche-Lehre, bietet dieser ein aktuelles Paradigma für einen kirchennahen Journalismus. Zum einen deshalb, weil er in der Kontinuität früherer Ansätze evangelischer Publizistik steht; zum anderen deshalb, weil die von ihm propagierte Kontextualität utopische Qualität besitzt.

In Aufnahme dessen kann kirchennaher Journalismus sowohl ganz diesseitig Journalismus betreiben als auch über sich selbst hinausweisen auf tiefere Sinnzusammenhänge. Seine kerygmatische Perspektive wird nur dann aktualisiert, wenn er parteinehmend eingeht in die jeweilige Wirklichkeit. So verstanden, ist die Wahrnehmung eines politischen Mandats auch für die evangelische Kirchengebetspresse eine Notwendigkeit, weil sich in den Konflikten, die sie dabei auszuhalten hat, nicht so sehr die Not der Zerstrittenheit, sondern vielmehr die Verheißung der Kondeszenz Gottes widerspiegelt.

Anmerkungen

- 1 U. Hahn, „Kirche und Medien, Grundzüge des Medienengagements der evangelischen und katholischen Kirche – Positionen und Entwicklungslinien“, in: Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim 2/91, Bensheim 1991, 30.
- 2 E. Stammller, „Kirche und Publizistik“, in: R. Geisendorfer, Für die Freiheit der Publizistik, Stuttgart 1978, 24.
- 3 A. Ortmann, Motive evangelischer Publizistik, Witten 1969, 113.
- 4 G. Meier-Reutti, Politik der Unpolitischen, Bielefeld 1976, 426.
- 5 G. E. Stoll, Die evangelische Zeitschriftenpresse im Jahre 1933, Witten 1963, 252.
- 6 Gemeinsame publizistische Grundhaltung der evangelischen Sonntagsblätter „Unsere Kirche“ und „Der Weg“ vom 19. April 1972 (Ms.)
- 7 G. E. Stoll, „Perspektiven evangelischer Publizistik, Thesen“, in: H. Breit/W. Höhne (Hg.), Die provozierte Kirche. München 1968, 263.
- 8 Gemeinsame publizistische Grundhaltung der evangelischen Sonntagsblätter „Unsere Kirche“ und „Der Weg“ vom 19. April 1972 (Ms.)

- 9 H. Meyn, *Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1990, 11.
- 10 Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), *Publizistischer Gesamtplan*, Gütersloh 1979, 26.
- 11 Ebd., 31
- 12 Gemeinsame publizistische Grundhaltung der evangelischen Sonntagsblätter „*Unsere Kirche*“ und „*Der Weg*“ vom 19. April 1972 (Ms.)
- 13 K. Mathy, *Das Recht der Presse*, Köln 1988, 51.
- 14 Den Begriff „kirchennah“ verdanke ich Friedrich Schwancke, der ihn in seinem Aufsatz „Weiter bröckeln lassen oder etwas unternehmen?“ einführt. Vgl. Evangelische Kommentare 5/89, 22.
- 15 Zit. nach H. J. Dörger, *Kirche in der Öffentlichkeit*, Stuttgart 1979, 18.
- 16 H. N. Janowski, „Kanzel, Kathedra und Kanal, Die Botschaft in Gottesdienst, Wissenschaft und Medium“, in: epd-Dokumentation 5/90, 47.
- 17 T. Rendtorff, „Aufgaben christlicher Publizistik im gesellschaftlichen Pluralismus“, in: epd-Dokumentation 5/90, 37/38.
- 18 M. Palmer, „Paul Tillich's Theology of Culture“, in: P. Tillich, *Main Works 2, Writings in the Philosophy of Culture*, Berlin 1990, 1.
- 19 R. Geisendorfer, *Für die Freiheit der Publizistik*, Stuttgart 1978, 40.
- 20 W. Dirks, „Überlegungen zum Selbstverständnis der journalistischen Arbeit“, in: W. Wunden (Hg.), *Medien zwischen Markt und Moral*, Frankfurt/M. 1989, 129.
- 21 Ebd., 132.
- 22 H. J. Dörger, a. a. O., 99.
- 23 G. Brakelmann, „Ökumene im politischen Abseits“, in: *Briefdienst Arbeitskreis Sicherung des Friedens, Der konziliare Prozeß, Anstöße und Illusionen*, Sonderausgabe, Bonn 1990, 23f.
- 24 Europäische Ökumenische Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“. Schlußdokument, Basel 1989, 9, Paragraph 31.
- 25 7. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen. Bericht des Redaktionsausschusses (Tagungsdokument Nr. PL 20.2), Canberra 1991, 10.
- 26 World Council of Churches. *Let the Spirit speak to the Churches*, Geneva 1990, 10.
- 27 G. Meier-Reutti, a. a. O., 424.
- 28 Ebd., 424.
- 29 Ebd., 425.
- 30 P. Tillich, „Critique and Justification of Utopia“, in: F. E. Manuel, (ed.), *Utopias and Utopian Thought*, Boston/Cambridge 1965, 296.
- 31 Ebd., 299.
- 32 Ebd., 297f.
- 33 Ebd., 298.
- 34 Ebd., 302.
- 35 Ebd., 308.
- 36 T. Rendtorff, a. a. O., 39.

SUMMARY

The author describes the ecumenical „Conciliar Process for Justice, Peace and the Integrity of Creation“ as a current paradigm of protestant journalism. He holds that the Conciliar Process supplies the church journalist with a theoretical background which takes into account his being part of a secular, plural and democratic society. The author suggests that in this society only by writing contextually (i.e. politically) the church journalist is able to bring about kerygmatic essence. Thus, he fulfills both the demands of professional journalism as well as witnessing the Gospel. He establishes a specific ministry of his own: the ministry of the mediator. In advocating the needs of the marginalized the church journalist exercises this ministry independent from official church policy. In terms of the theologian Paul Tillich, he actualizes unconditioned meaning in dealing with conditioned cultural forms.

RÉSUMÉ

L'auteur décrit le „processus conciliaire oecuménique pour la justice, la paix et la sauvegarde de la création“, comme un paradigma actuel de publication évangélique. Il souligne que le 'processus conciliaire' confronte les journalistes d'Eglise à un arrière-plan théorique où le journalisme d'Eglise doit se présenter comme faisant partie, d'une société séculaire, pluraliste et démocratique. L'auteur défend la thèse que, dans la société pluraliste, le journaliste d'Eglise n'apporte une essence kerygmatische que s'il écrit de façon contextuelle (c. à. d. politique). Comme cela, il remplit les règles d'un journalisme professionnel et apporte en même temps une contribution à la proclamation de l'Evangile. Il accomplit un service spécial, le service du médiateur. Comme il représente les intérêts des marginalisés en tant qu'avocat, il remplit ce service également indépendamment de la politique officielle de l'Eglise. Par les mots du théologien Paul Tillich, il actualise (en tant que, théologien-médiateur) la cause absolue de la théologie dans les rapports particuliers de la vie culturelle et politique.

RESUMEN

El autor describe el „proceso conciliar ecuménico por la justicia, la paz y la protección de la creación“ como un paradigma actual de publicidad evangélica. Destaca que „el proceso conciliar“ confronta el periodismo eclesial con un trasfondo teórico en el que el periodismo eclesial debe identificarse como parte de una sociedad secular, plural y democrática. El autor defiende la tesis que el periodismo eclesial en una sociedad plural sólo expondrá una esencia cerigmática si escribe contextualmente (es decir políticamente). De esta manera cumple con las reglas de un periodismo profesional y, al mismo tiempo, hace un aporte a la anunciaciόn del evangelio. Realiza con ésto un servicio especial, el servicio del intermediario. En la medida en que este periodismo defiende los intereses de los marginalizados, realiza su servicio en forma independiente de la política oficial de la iglesia. En las palabras del teólogo Paul Tillich actualiza (como „teólogo de intermediación“) la indispensable cosa de la teología en las relaciones de vida culturales y políticas.